

Ärmel hochkrempeln: für mehr Wachstum und Wohlstand

Deutschland trägt unter den Industrieländern beim Wirtschaftswachstum nach einer Prognose des IWF die rote Laterne. Ursachen sind die Abschaltung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke mitten in der Energiekrise und damit verbunden die höchsten Energiepreise weltweit sowie ein tiefgreifender Fach- und Arbeitskräftemangel. Hinzu tritt der Umstand, dass die Bundesregierung nicht die Kraft hat, falsche Entscheidungen rückgängig zu machen. Wir müssen Deutschland wieder auf den Wachstumspfad führen. Und wir müssen Deutschland wieder attraktiver machen für Investitionen der Wirtschaft im Inland. Denn nur so werden wir wieder zukunftsfähig und exportstark.

Wachstum ist die Voraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstands. Eine gesunde Wirtschaft und verlässliche Rahmenbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass wir den Umstieg auf eine klimaneutrale Produktionsweise bei uns im Land schaffen und hochwertige Arbeitsplätze erhalten, um unsere sozialen Sicherungssysteme stabil zu halten.

Deshalb brauchen wir eine verlässliche, perspektivisch klimaneutrale und bezahlbare Energieversorgung, mehr Leistungsorientierung, eine Stärkung unserer Innovationskraft und des Leistungsprinzips.

Unsere Forderungen als CDU-Landtagsfraktion sind:

1. Die Strompreise müssen runter. Die Stromsteuer muss in Deutschland auf das europäische Mindestmaß abgesenkt werden. Hierzu hat die CDU/CSU-Fraktion konkrete Vorschläge in den Deutschen Bundestag eingebracht.
2. Das Stromangebot muss angehoben werden. Die Kohleverstromung ist angesichts der Klimakrise keine Alternative. Dort, wo im Moment Kohle verstromt wird, müssen die Kraftwerke schnellstens durch Carbon Capture and Storage Anlagen ergänzt werden.
3. Die Genehmigungsverfahren für Windkraft und Solarprojekte sowie für den Ausbau der Stromnetze müssen beschleunigt werden. Einzelne Ansätze sind erkennbar; bei komplexen Genehmigungsverfahren muss eine umfassende Konzentrationswirkung gesetzgeberisch umgesetzt werden.

4. Wir brauchen einen schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Nur mit einem umfangreichen Import von Wasserstoff können wir es schaffen, den Verbrauch von Öl, Kohle und Gas zu ersetzen. Deutschland wird auch in Zukunft auf einen hohen Energieimport angewiesen sein, den wir über die Exportstärke unserer Wirtschaft finanzieren können. Dazu gehört auch Wasserstoff.
Um eine Wasserstoffproduktion im Inland nicht im Keim zu ersticken, ist eine Anpassung des Delegierten Rechtsakts der EU dringend notwendig, da sonst sehr viele zukunftsweisende Projekte zunichtegemacht werden.
Die Pipeline-Infrastruktur für Wasserstoff muss schnell und zuverlässig ausgebaut werden. Der Süden darf dabei nicht abgehängt werden. Bundesregierung und Bundestag müssen den Anschluss aller industriestarken Räume in Baden-Württemberg bei der Definition des Wasserstoff-Kernnetzes sicherstellen, dies darf nicht allein Sache der Bundesnetzagentur sein. Alle Industriestandorte Baden-Württembergs müssen gleichermaßen am Hochlauf beteiligt sein. Erste Teile des Kernnetzes müssen bis 2028 gebaut sein.
5. Die Verkehrswege für Güterverkehr auf der Schiene, den Straßen und den Wasserstraßen müssen im Süden dringend ausgebaut werden. Der Bund muss einen zukunftsweisenden Plan zum Ausbau der Güterverkehrsinfrastruktur gerade in den industriellen Kernzonen vorlegen und diesen finanziell langfristig hinterlegen.
6. Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Use (CCU) sind Technologien, die unerlässlich sind, um die Klimaziele 2030 des Landes Baden-Württemberg zu erreichen. Deshalb muss die Bundesregierung diese Technologie endlich erlauben.
7. Für den Umstieg auf eine energiesparende und klimaneutrale Produktion brauchen unsere mittelständischen Unternehmen Hilfen. Deshalb schlägt die CDU-Landtagsfraktion hierfür ein 100 Millionen Euro Programm vor.
8. Bürokratieabbau beginnt damit, keine neue Bürokratie zu schaffen. Deshalb brauchen wir ein Belastungsmoratorium auf allen politischen Ebenen und nicht immer weitere neue Vorschriften und Verfahren.
9. Leistung muss sich lohnen. Ohne Leistung schaffen wir es nicht, unser Wachstum zu steigern. Das neue Bürgergeld muss darauf durchgeforstet werden, wo der Anreiz für Arbeit und Leistung fehlt. Auch der Bezugskreis für das Bürgergeld muss deutlich verkleinert werden. Den Rechtskreiswechsel für neu ankommende Flüchtlinge lehnen wir nach wie vor ab.
10. Für Investitionen der Wirtschaft im Inland, für eine erfolgreiche Start-Up-Kultur und für Innovation brauchen wir Vorfahrt. Mit der Ansiedlungsstrategie sollen Unternehmen für

Ärmel hochkrempeln: für mehr Wachstum und Wohlstand

eine Ansiedlung in Baden-Württemberg gewonnen und gleichzeitig die heimischen Unternehmen – etwa bei Investitions- und Erweiterungsvorhaben – an ihren Standorten in Baden-Württemberg unterstützt werden.

Gemeinsam setzen wir uns als Union auf Landes- und Bundesebene für verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Volkswirtschaft ein. Unser Leitmotiv ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft. Mit planwirtschaftlichen Ansätzen der Ampel-Politik erreichen wir nichts, weil sie langfristig nicht funktionieren und deshalb keine Zuversicht verbreiten. Mit Subventionen erreichen wir ebenfalls nichts, wenn die Grundrichtung nicht stimmt. Wir müssen und wir werden es schaffen, klimaneutral zu werden und Industrie- und Mittelstandsland zu bleiben.